

2 | Continental-Chef streicht
5000 Stellen
Filetierung von Siemens-VDO

3 | DIE LINKE im Stadtrat
Kommunales Wahlrecht für
alle hier lebenden Menschen

4 | Immer mehr Arme
in Deutschland
Verfehlte Sozialpolitik?

Heraus zum 1. Mai! - 5 Jahre rasanter Sozialabbau

Am 14. März 2003 verkündete der damalige Bundeskanzler Schröder in seiner Regierungserklärung: "Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen. Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Unternehmer und Arbeitnehmer, freiberuflich Tätige und auch Rentner."

Die Agenda 2010 war geboren. Was ist daraus geworden?

Tatsache ist, dass die realen Bruttolöhne und -gehälter in der Zeit von 1996 bis 2006 von 802 Mrd auf 790 Mrd € gesunken und die realen Gewinne und Vermögenseinkommen von 460 Mrd auf 557 Mrd € gestiegen sind. Der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen (Lohnquote) ist von 72,9 %

Auch in der Arbeitsmarktpolitik, welche in der veröffentlichten Meinung gerne als Erfolg der Agenda 2010 dargestellt wird, sind die Zahlen nur geschönt und verwässern die Statistik.

Ende des Jahres 2007 waren in der Statistik der Bundesagentur Nürnberg 3,4 Mio Erwerbslose aufgeführt. Tatsächlich

gen Arbeitsplätze nicht wesentlich erhöht. Im Juni 2003 waren es 26,8 und im Juni 2007 26,9 Mio Beschäftigte.

Dieses leichte Plus an Arbeitsplätzen wurde vor allem im Bereich der Leiharbeit geschaffen. In mittleren und größeren Betrieben wurden feste Arbeitsplätze über Entlassungen, Altersteilzeit und Rente bzw. Pension durch Leiharbeiter ersetzt. Der Lohn von diesen liegt 20 - 40 % unter den Branchentarifverträgen. Somit nutzen viele Unternehmen die "Arbeitnehmerüberlassung" als reines Lohnkostensenkungsprogramm aus. Seit 1996 hat sich die Zahl der Leiharbeiter mehr als vervierfacht, von 180 000 auf über 800 000 Ende 2007, und die Zahl steigt von Jahr zu Jahr.



DIE LINKE. demonstriert in Regensburg für einen gesetzlichen Mindestlohn Foto: privat

(1993) auf 64,6 % gefallen, die Gewinne und Vermögen im gleichen Zeitraum von 27 auf über 35 Prozent gestiegen. Wie in den Jahren vor Rot/Grün, unter der Regierung Kohl, die 1981 die "geistig-moralischen Wende" eingeläutet hat, ist die Politik der gigantischen Umverteilung von unten nach oben weitergeführt und verstärkt worden.

aber erscheinen 3,2 Mio Arbeitslosengeldbezieher nicht in der Statistik, darunter z.B. 225 000 Menschen, die der so genannten 58er Regelung unterstehen. 5,3 Mio waren Ende 2007 als erwerbsfähige Hilfesuchende registriert, 2,85 Mio (mehr als die Hälfte) davon aber nicht als Arbeitslose aufgeführt. Seit 2003 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichti-

" Sozial ist was Arbeitsplätze schafft. ", so tönt es aus Kreisen der CDU und CSU.

Doch mehr als 7 Millionen Menschen erhalten Niedriglöhne. Etwa 3 Mio verdienen so wenig, dass sie Anspruch auf staatliche Unterstützung (ALG II) hätten. Aber weniger als die Hälfte macht davon Gebrauch. Leiharbeit, befristete Beschäftigung, **weiter auf Seite 3**

Continental-Chef streicht 5000 Stellen und filetiert das zugekaufte Unternehmen Siemens-VDO

Regensburg - Der Autozulieferer Continental will sich von weiteren Konzernteilen trennen. „Es ergibt für Continental tatsächlich keinen Sinn, so breit aufgestellt zu sein, deshalb werden wir konsolidieren“, sagte Vorstandschef Manfred Wennemer.

Das Unternehmen, das bereits das Elektromotorengeschäft an den Autozulieferer Brose verkauft hat, prüft die Trennung von weiteren Divisionen. Ein Verkauf komme vor allem dann infrage, wenn ein Geschäftsbereich nicht die angestrebten Renditeziele von zehn Prozent erreiche.

Durch den angekündigten Rauswurf von 10 % der Beschäftigten bei der Neuerung (= 5000 Menschen) und das Portfoliomanagement (Kauf und Verkauf ganzer Wertschöpfungsketten) wird ein Klima der Angst erzeugt. Wennemers Masche ist, den Beschäftigten Arbeitszeiterhöhungen von 5 Stunden pro Woche abzupressen. So wird er es auch bei seinem jüngsten Zukauf „Siemens-VDO“ machen: Dafür braucht er ein Klima der Angst, das zum Aufweichen der Solidarität führen soll und wird. Rechtlich kann er mit völligem Kahlschlag drohen, Verlagerung nach China etc. In der Bundesrepublik Deutschland kann man extrem billig Betriebe schließen und verlagern. Der Rest ist Routine.

Wenn die Drohungen die Bereitschaft zur Mehrarbeit hergestellt haben, ist gleichzeitig das Problem gelöst, das mit dem Rauswurf entstanden ist: Das Loch

wird durch Mehrarbeit gestopft und die Kosten werden gesenkt, weil die Beschäftigten selbstverständlich ohne Lohnausgleich mehr arbeiten müssen.

Dieses Vorgehen eines in der Finanzwelt hochgelobten Managers würde in einem anderen Zusammenhang als räuberische Erpressung bezeichnet werden. In Bankkreisen spricht man von Durchsetzungskraft oder verwendet andere



Foto: Hofschlaeger/Pixelio.de

Euphemismen. Wie immer man es bezeichnen will, es ist das Vorgehen von Heuschrecken, deren einziges Ziel es ist, die Rendite zu maximieren. Wennemer hat Siemens-VDO grobteils mit Krediten gekauft, dadurch wird der Druck auf die Beschäftigten erhöht, weil die Renditeerwartung sprunghaft gesteigert wurde.

Wohlvollende Menschen könnten auf die Idee kommen, der Forderung nachzugeben, damit wieder Ruhe einkehrt. Hiervor muss gewarnt werden: Wie im

kriminellen Milieu wäre das Wasser auf die Mühlen eines Erpressers. Continental hat weltweit 200 Standorte, beispielsweise das Reifenwerk San Luis Potosi in Mexiko.

Die Gewerkschaft Sindicato Nacional de Trabajadores de General Tire de Mexico berichtet, dass Conti für das Werk in San Luis Potosi bei den mexikanischen Arbeitsbehörden eine Senkung der tariflichen Löhne um 50 % beantragt und für den Fall der Ablehnung mit einer Schließung des Werkes gedroht hat. Wie jeder gewöhnliche Erpresser wird auch Wennemer nur durch unüberwindlichen Widerstand zu stoppen sein. Diesen gilt es zu organisieren!

Im konkreten Fall kann nur die Bereitschaft zum Streik etwas ändern. Allgemein gibt es eine Reihe möglicher Forderungen, die geeignet sind, diese Auswüchse zu stoppen, zwei davon seien benannt: Eine wichtige Forderung ist die Verteuerung von Betriebsverlagerungen. Hierzu müssen §§111 ff BetrVG so geändert werden, dass ein Interessensausgleich erzwingbar wird. Eine weitere extrem wichtige Forderung ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer beim Kauf oder Verkauf von Unternehmen/Unternehmenssteilen. Diese minimalen Änderungen der Rechtslage würden Heuschrecken weitgehend lahmlegen und die Realwirtschaft stärken. (wf)

Ohne Moos, nix los!

Jeder Euro zählt!

Unterstützen Sie die Arbeit der LINKEN in Regensburg.

Postbank Nürnberg

BLZ 760 100 85

Konto 200 218 850

Betreff: Spende, Name, Vorname, Strasse, Ort

Nach dem Einkommensteuergesetz (EStG) sind Zuwendungen von natürlichen Personen an politische Parteien steuerlich abzugsfähig.



Um in Bayern überhaupt zu den Landtags- und Bezirkstagswahlen antreten zu dürfen - Sie ahnen es bestimmt schon - müssen wir wieder Unterschriften zur Zulassung sammeln.

In der Oberpfalz haben wir mit der Sammlung bereits begonnen. Sie können zu den Öffnungszeiten in unserem Bürgerbüro

(Waaggäßchen 5, Mi 17-19 Uhr und Fr 14-16 Uhr) unterschreiben, am 1. Mai an unserem Stand beim Maifest am Haidplatz und im Mai und Juni sind wir auch wieder mit Infoständen in Regensburg unterwegs.

Wir schicken Ihnen auch gerne die Formulare zu, dazu genügt eine Mail an info@dielinke-regensburg.de

Fortsetzung von Seite 1

Teilzeitjobs und Minijobs sind nicht etwa flexible Formen von Beschäftigung - nein, sie sind ein Angriff auf und gegen die Beschäftigten, denn sie verdrängen tarifliche und unbefristete Arbeitsplätze.

8 % müssen sein, wir brauchen Geld für Liechtenstein!

So heißt eine Losung der KollegInnen im öffentlichen Dienst. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di führt zur Zeit in mehreren Branchen Tarifrunden durch. Dass nur der Gipfel des Eisberges zum Vorschein kommt, wenn Unternehmer und Reiche ihre Millionen am Fiskus vorbei nach Liechtenstein oder in andere Steueroasen schleusen, zeigt umso deutlicher wie notwendig die Beschäftigten Gehaltserhöhungen brauchen. Aber mal ehrlich, sind das nicht bescheidene Forderungen, wenn man weiß, wie Tarifrunden seit Jahren ablaufen?

Sinkende Profite der Unternehmen haben die Regierungen seit Ende der siebziger Jahre zu einer "Liberalisierung" des Kapitalverkehrs und der Güter und Dienstleistungsmärkte bewogen. Was den Bürgern unter der Kohl-Regierung als "Abbau der Bürokratie" verkauft wurde, war tatsächlich nichts anderes als die demokratische Kontrolle der Wirtschaft immer weiter aufzuweichen. Das "Fördern" der Eigenverantwortung und "Fordern" von mehr Eigenleistung, begründet durch die Agenda 2010 unter Rot/Grün, ist nichts anderes als eine Politik des Sozialabbaus und lange nicht "alle Kräfte" der Gesellschaft, wie von Schröder behauptet, haben ihren Beitrag geleistet.

Dies wurde so auch nie erwartet: Gegeben wurde den Reichen, genommen den Armen. Mit zunehmender Verarmung großer Teile der Gesellschaft gewinnt die Losung "Friede den Hütten - Krieg den Palästen" wieder mehr an Bedeutung. Der 1. Mai muss für die arbeitende Bevölkerung, die Arbeitslosen und die an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen wieder zum Tag der Solidarität werden. Bringen wir an diesem Tag unsere Forderungen auf die Straße. (hv)

Gute Arbeit - Gutes Leben

- **Mindesteinkommen absichern, Lohndumping verhindern**
- **tarifliche, sozial- und arbeitsrechtliche Standards stärken**
- **kollektive Mitbestimmung ausweiten**

Hier, wo ich lebe, will ich wählen!

Die Kommunalwahlen sind vorbei und „fast“ alle politisch interessierten Menschen in Regensburg konnten ihre Wahl treffen. „Fast“ deshalb, weil in Regensburg 10000 Menschen leben, die weder einen deutschen Pass haben noch EU-Bürger und Bürgerinnen sind. Und genau diese Menschen aus so genannten Drittstaaten wird das Wahlrecht ver sagt.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik hängt aber entscheidend davon ab, in welchem Maße Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit über Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte verfügen. Eine rechtliche Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen durch Ausschluss von demokratischen Grundrechten erschwert deren Integration. Das Wahlrecht bildet dabei das Kernstück der politischen Beteiligung in einer Demokratie. In dieser Erkenntnis wurde EU-Bürgerinnen und -Bürgern das kommunale Wahlrecht durch eine Grundgesetzänderung bereits im Jahr 1992 zugestanden, um dem Integrationsprozess innerhalb der Europäischen Union Rechnung zu tragen.

Die Mehrheit der europäischen Länder erkennt neben EU-Bürgerinnen und -Bürgern auch Drittstaatenangehörigen ein Wahlrecht auf lokaler Ebene zu. In 16 europäischen Ländern wurde bisher unter sehr unterschiedlichen gesetzlichen Voraussetzungen Drittstaatenangehörigen ein kommunales Wahlrecht eingeräumt. Es ist an der Zeit, dass sich die Bundesrepublik Deutschland diesen Initiativen anschließt und ebenfalls die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige beschließt.

Dem stehen keine rechtlichen Bedenken entgegen: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Urteilen zum kommunalen Wahlrecht (BVerfGE 83, 37 und BVerfGE 83, 60) festgestellt, dass dahingehende Änderungen des Kommunalwahlrechts im Einklang mit Artikel 79 Abs. 3 des Grundgesetzes möglich

DIE LINKE.
im Stadtrat Regensburg

sind. Aus verfassungsrechtlichen

Gründen sind sie vielmehr sogar geboten, wird mit der geforderten Einführung eines Kommunalwahlrechts für Drittstaatenangehörige doch dem demokratischen Grundsatz Rechnung getragen, dass niemand für eine längere Zeit vom politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess ausgeschlossen werden darf. Zugleich wird auch die sachlich nicht zu rechtfertigende und verfassungsrechtlich fragwürdige Ungleichbehandlung gegenüber EU-Bürgerinnen und -Bürgern aufgehoben.

DIE LINKE.
im Stadtrat Regensburg



Seit 2. März jetzt auch im Stadtrat von Regensburg für mehr soziale Gerechtigkeit, Bürgerwillen und Transparenz aktiv.



Richard Spill, Stadtrat
Angant FehleW, Stadträtin

Danke für Ihr Vertrauen!

Bürgerbüro: Waaggräben 5, 93047 Regensburg
Öffnungszeiten jeden Mi 17-19 und Fr 14-16 Uhr
www.dielinke-regensburg.de

Um die rechtlichen Hemmnisse für eine gleichberechtigte Partizipation von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit an politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen grundlegend zu beseitigen, ist perspektivisch auch das allgemeine aktive und passive Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Drittstaatenangehörige, die dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland leben, auf Landes- und Bundesebene einzuführen.

DIE LINKE. im Stadtrat Regensburg wird sich dafür stark machen, dass sich die Stadt Regensburg auf Landesebene dafür einsetzt, ein kommunales Wahlrecht durchzusetzen, das nicht ausgrenzt sondern integriert. (rs)

Weil's woar is! Ignoranz mit System

Was ist los mit den Politikern von Union/SPD/Grünen/FDP? Nix hören, nix sehen, nix sagen - das scheint für viele die Lösung zu sein. Ausbeutung in Leiharbeit, Armut, Kinderarmut, Altersarmut - alles Tatsachen, vor denen man die Augen nicht verschließen kann, denn sie sind da und werden von Jahr zu Jahr immer schlimmer. Wichtiger sind natürlich die monatlichen Arbeitslosenzahlen, die die schwarz/rote Regierung wie den heiligen Gral vor sich herträgt. 1 Millionen Arbeitslose weniger! Wir machen unseren Job gut! Unsere Politik bringt Erfolge! Ja, sogar von Vollbeschäftigung wird gesprochen.

Tolle Vollbeschäftigung! Was würde es nützen, wenn jeder einen Job hat, aber nicht weiß, wie er seine Rechnungen bezahlen soll? Vollbeschäftigung in Armut - Ignoranz mit System.

Von Altersarmut sind künftig diejenigen Menschen betroffen, die heute nicht genügend in die Rentenkasse einzahlen können - für ein Jahr Hartz IV gibt's später 2,19 € Rente. Hallo, aufwachen!(pa)

Impressum

„Rotisbona“ ist die Zeitung der Partei DIE LINKE. Regensburg.
Herausgeber:
DIE LINKE. Regensburg,
Kreisvorstand, Waaggäßchen 5,
93047 Regensburg.
Tel/Fax: 0941-5676005
Bürozeiten
Mittwoch 17:00 - 19:00 Uhr
Freitag 14:00 - 16:00 Uhr

Email/Internet Adresse:
info@dielinke-regensburg.de
www.dielinke-regensburg.de
Redaktion: B. Ostermeier (bo),
F. Paul (pa), R. Spieß (rs),
K. Bierl (kb), W. Fembacher (wf),
H. Vogt (hv)
Layout: Florian Paul

Immer mehr Arme in Deutschland!

Bald jeder fünfte Mensch in Deutschland ist von Armut bedroht. 17,4 Prozent der Einwohner in den alten und 22,6 Prozent in den neuen Bundesländern hatten 2005 weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung, wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2007/2008 schreibt. Nach einem Bericht der Berliner Zeitung stieg diese Quote 2006 bundesweit sogar auf 18,3 Prozent, nachdem sie im Jahr 2000 noch bei 11,8 Prozent gelegen hat. Das Blatt beruft sich auf Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband sprach von einem

»erschütternden Dokument sozialer Zerrissenheit«. Die Erhöhung der Armutsquote um mehr als 63 Prozent innerhalb weniger Jahre sei das Resultat einer seit mehreren

IV, Wohnungen und 1-Euro-Jobs zusammengelegt und als Lohn ausgezahlt werden.

Ein existenzsichernde Einkommen durch einen gesetz-



Jahren verfehlten Sozial- und Steuerpolitik, hieß es in einer Erklärung.

DIE LINKE fordert deswegen seit langem zusätzliche Arbeitsplätze statt 1-Euro-Jobs, besonders im gemeinnützigen Bereich. Dafür können die Mittel für Hartz

lichen Mindestlohn von mindestens 8,44 Euro und eine soziale Grundsicherung, die vor Armut schützt. Außerdem die deutliche Anhebung von Hartz IV und keine Anrechnung von Partnereinkommen und Ersparnissen sowie eine längere Zahlung von Arbeitslosengeld I.(pa)



„Irreführend und unanständig“

Interview mit MdB Kornelia Möller, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Ist der Rückgang der Arbeitslosenzahlen in deinen Augen Grund zur Freude?

Für jene, die durch den konjunktur- und witterungsbedingten Aufschwung am Arbeitsmarkt eine versicherungspflichtige Beschäftigung erhalten haben, besteht sicher Grund zur Freude. Doch fast die Hälfte der von den durch die große Koalition gepriesenen Arbeitsmarktzahlen betrifft Minijobs und Zeitarbeitsstellen, also niedrig entlohnte Beschäftigung. Für die Bewertung der Arbeitsmarktentwicklung ist jedoch auch die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit wichtig. Hier trifft es bekanntlich die ALG II-Beziehenden. An der großen Gruppe der Langzeitarbeitslosen geht der konjunkturelle Aufschwung völlig vorbei. 2006 stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen wiederum an – und zwar um fast 100 000. Ein Grund zur Freude besteht also insgesamt nicht, noch dazu,

weil die Bundesregierung nicht bereit ist, die Rückstände in der Arbeitsmarktpolitik aufzuholen.

Viele der neuen Arbeitsplätze sind also in der Zeitarbeitsbranche angesiedelt. Welche Auswirkungen hat dies für die Arbeitnehmer?

LeiharbeiterInnen verdienen im Durchschnitt zwei bis drei Euro pro Stunde weniger als ihre KollegInnen, die die gleiche Arbeit verrichten, aber fest angestellt sind, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, ein der Bundesagentur für Arbeit angeschlossenes Institut. Insbesondere die Einstiegsentgelte in den unteren Lohngruppen bieten mit fünf bis sechs Euro pro Stunde kein existenzsicherndes Einkommen. Die Zeitarbeitsbranche ist leider nur eine Branche von vielen, in denen die Löhne mittlerweile so gering sind, dass nur noch von Armutslohnen gesprochen werden kann.

Zeitarbeitsfirmen werben immer damit, dass ihre Arbeitnehmer eine sehr gute Chance auf eine Festanstellung hätten, wenn sie sich bewähren. Realistisch?

Die Tatsache, dass viele Unternehmen ZeitarbeiterInnen und Zeitarbeiter einstellen und dass deren Zahl in den letzten Monaten immer mehr gewachsen ist, deutet darauf hin, dass das Gegenteil der Fall ist. Die Unternehmen verfolgen mit der Zeitarbeit vor allem das Ziel, flexible Arbeitsverhältnisse zu begründen, langfristige Tarifverträge möglichst zu umgehen. Insofern halte ich die Werbung der Zeitarbeitsfirmen mit guten Chancen auf eine Festanstellung geradezu für irreführend und unanständig.

